Bedrängte und verfolgte Christen und Menschen in großer Not

Newsletter Januar 2022

Verantwortlich: Ernst Herbert, Pfarrer i.R. Tel. 09181/254162
Badstraße 17 b, 92318 Neumarkt – eg.herbert@t-online.de

Die Zahl der anti-christlich und antisemitisch motivierten Hassverbrechen ist gestiegen

Quelle: VATICAN NEWS – November 2021

Für den Beobachtungszeitraum 2020 hat das Menschenrechtsbüro ODIHR in ihrem Bericht „Hate Crime Data" mehr als 7000 Hassverbrechen verzeichnet – konkret waren es 7.181 Vorfälle gegen Menschen und Einrichtungen in 46 Staaten.

980 Hassverbrechen richteten sich gegen Christen bzw. christliche Gotteshäuser, Symbole und Einrichtungen – gegenüber dem Vorjahr – 578 Vorfälle – bedeutet dies einen Anstieg um knapp 70 Prozent. Um rund 600 auf 2.316 gestiegen ist auch die Zahl antisemitisch motivierter Hassverbrechen, die gemeldet wurden. Unter „Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" ordnet der Report 2.385 dokumentierte Vorfälle ein. In 1.207 Meldungen ging es um die sexuelle Orientierung von Menschen. Gegen Muslime verzeichnet der Report 333 Hassverbrechen und 84 dokumentierte Vorfälle richteten sich gegen die Bevölkerungsgruppe der Roma und Sinti.

Medial und politisch wird der Hass gegen Christen als ein immer offensichtlicheres gesellschaftliches Problem kaum wahrgenommen.

Deshalb sollten die massiv gestiegenen Zahlen zu Hassverbrechen gegen Christen den politischen und kulturellen Eliten die Augen öffnen – so die OIDAC-Direktorin Madeleine Enzlberger. Sie erklärte: „Dabei spiegelt der OSZE-Bericht nur einen Teil dieses seit Jahren dokumentierten Trends wider und ist doch ein lauter Weckruf gegen Gleichgültigkeit und modisches Christen-Bashing". Madeleine Enzlberger vermutet, dass die tatsächliche Zahl anti-christlicher Hassverbrechen noch viel höher liegt.

Eine sehr hohe Dunkelziffer bei allen Formen von „Hate Crime" betont auch der Chef des OSZE-Menschenrechtsbüros zur Veröffentlichung des Jahresberichtes.

„Hassverbrechen verletzten die Menschenwürde, sie müssten noch besser dokumentiert und Betroffene stärker unterstützt werden", forderte ODIHR-Direktor Matteo Mecacci. „Etliche Staaten hätten konkrete Schritte zur Bekämpfung von Hassverbrechen unternommen, aber die meisten dieser Verbrechen werden nach wie vor nicht gemeldet, nicht erfasst und nicht verfolgt, sodass die Opfer keine Unterstützung oder Wiedergutmachung erhalten."